

Elke Ferner (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Herr Kollege Spieth hat schon am Ende seiner Rede ganz richtig gesagt, dass wir jetzt fragen werden, wie man die Wünsche, die die Linke in ihrem Antrag formuliert hat, finanziert. Erstaunlich ist, dass Sie für jeden etwas im Gepäck haben, selbst für die Apotheker. Sie wollen ein neues Ärztehonorsystem, ohne näher zu erläutern, wie das konkret aussehen soll. Sie entlassen sogar die Länder aus ihrer Verpflichtung, was die Bereitstellung von ausreichenden Investitionsmitteln für die Krankenhäuser anbelangt; denn Sie sehen plötzlich den Bund mit in der Pflicht. Ich glaube, so einfach kann man sich das nicht machen. Sie verfahren nach dem Motto: „Im Himmel ist Jahrmarkt, Freibier für alle.“ Das können Sie machen, weil Sie nie in die Lage kommen werden, das in konkrete Politik im Deutschen Bundestag umsetzen zu müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg.
Daniel Bahr (Münster) (FDP))

- Ich habe hier vom Deutschen Bundestag gesprochen, Herr Kollege Bahr. Sie müssen genau zuhören.

(Heinz Lanfermann (FDP): Über das Saarland reden
Sie nicht!)

Außerdem wird über die gesetzliche Krankenversicherung nicht in einem Landtag, auch nicht in dem Landtag des schönsten Bundeslandes, das wir haben, entschieden;

(Daniel Bahr (Münster) (FDP): Sieht auch Herr
Wowereit das so?)

die Gesundheitspolitik findet immer noch hier im Deutschen Bundestag statt.

(Frank Spieth (DIE LINKE): Die Erde ist eine Scheibe!)

Sie erwecken in Ihrem Antrag den Eindruck - deshalb ist der Ansatz auch nicht richtig -, gut sei gleich teuer. Ich finde allerdings, dass wir es den Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern schuldig sind, dass wir darauf achten, dass die Mittel, die sie jeden Monat an die gesetzliche Krankenversicherung abführen, zielgerichtet verwendet werden, und dass die Menschen, die wirklich eine teure und intensive Behandlung brauchen, diese Behandlung bekommen können. Deshalb halte ich es für gerechtfertigt, dass diejenigen, die eine - in Anführungszeichen - Allerweltskrankheit haben, in der Auswahl der Arzneimittel etwas eingeschränkter sind. Das ist besser, als die ganze Bandbreite vom teuersten bis zum billigsten Arzneimittel zur Verfügung zu stellen.

(Mechthild Rawert (SPD): Mit den gleichen Wirkstoffen!)

Was wir eben von der FDP gehört haben, war eine besondere Definition von Solidarität. Auch das war einmal anders. Wenn Solidarität so verstanden wird, dass jeder für sich selber sorgt und damit für alle gesorgt ist,

(Dr. Konrad Schily (FDP): Es wäre schön, wenn man
zuhören könnte!)

dann rüttelt das schon an den Grundfesten unserer Demokratie.

(Heinz Lanfermann (FDP): Sie haben wirklich nicht
zugehört!)

Wir feiern in diesem Monat den 60. Jahrestag des Grundgesetzes. Im Grundgesetz herrscht ein ganz anderes Verständnis von Solidarität als das, was Sie hier zum Besten geben.

Die Sozialversicherungssysteme, die wir in Deutschland haben, sind staatlich organisierte Solidarität. Der Unterschied zwischen Ihnen und uns ist, dass wir der Auffassung sind, dass jeder nach seiner Leistungsfähigkeit dafür sorgen soll, dass die Menschen, die in Not geraten, die krank werden und die pflegebedürftig sind, die Versorgung erhalten, die sie brauchen. Was Sie meinen, ist der Wohlfahrtsstaat. Das heißt, es hängt vom Gutdünken derer, die vielleicht etwas bezahlen können, ab, ob sie bereit sind, anderen, die in Not sind, zu helfen. Das ist der Unterschied. Ich glaube nicht, dass Sie mit Ihrer Haltung viel Anklang in der Bevölkerung finden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Kollegin Ferner, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schily?

Elke Ferner (SPD):

Gerne, wenn Sie die Uhr anhalten.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön.

Dr. Konrad Schily (FDP):

Frau Kollegin, wo leiten Sie aus meinen Ausführungen, aus meiner Definition der Solidarität, ab, dass die FDP den Einzelnen alleine lassen will?

Elke Ferner (SPD):

Das zeigt sich in Ihrem eigenen Antrag, den wir vor wenigen Wochen hier im Deutschen Bundestag diskutiert und auf den Sie eben selber verwiesen haben. Sie haben gesagt, Sie wollen das SGB V, also das Gesetz, in dem die gesetzliche Krankenversicherung und auch deren Finanzierung geregelt ist, komplett umschreiben. Das geht nicht nur aus Ihrem Antrag hervor, sondern das war auch in Ihren Pressemitteilungen und in denen von Herrn Bahr zu lesen. Sie möchten die gesetzliche Krankenversicherung abschaffen.

(Daniel Bahr (Münster) (FDP): Zeigen Sie mir das mal!
Das würde ich gern mal sehen!)

- Ich suche es Ihnen heraus und schicke es Ihnen; dann können Sie sich das am Wochenende gerne noch einmal durchlesen.

(Heinz Lanfermann (FDP): Sie sollen es nicht
verschicken, Sie müssen es lesen!)

Sie möchten, dass jeder sich privat versichert. Wer aber weiß, wie private Krankenversicherung funktioniert, Herr Kollege Schily, der weiß auch, dass diese Krankenversicherung Risikoprüfungen durchführt und Menschen mit bestimmten Krankheiten überhaupt nicht versichert oder nur zu so teuren Prämien, die sich wirklich nur noch Millionäre leisten können. Es ist auch bekannt, dass es nichts Besseres gibt, als dass Menschen für Menschen einstehen. Private Versicherungen arbeiten erst einmal profitorientiert. Sie wollten lange Zeit nicht Kranke, sondern nur Gesunde versichern. Wir haben mit der letzten Gesundheitsreform deshalb die Pflicht zur Versicherung eingeführt.

(Beifall bei der SPD)

Insofern gibt es genügend Indizien für eine solche Schlussfolgerung.

(Heinz Lanfermann (FDP): Alles falsch verstanden,
Frau Kollegin!)

Ich möchte den Rest meiner Redezeit dazu nutzen, noch einmal deutlich zu machen, was wir wollen. Für uns ist Gesundheitspolitik wirklich eine zentrale Aufgabe staatlicher Daseinsvorsorge, die privat nicht funktioniert. Der Staat muss sich zu eigen machen, für eine gleich gute und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung aller Menschen zu sorgen; denn der Markt wird es nicht richten.

(Beifall bei der SPD)

Wie diese Versorgung organisiert wird, ist die zweite Frage. Da haben wir wahrscheinlich auch unterschiedliche Vorstellungen.

Wir wollen eine solidarische und gerechte Finanzierung. Bereits im letzten Bundestagswahlkampf sind wir für eine Bürgerversicherung eingetreten, in die alle Menschen einbezogen werden, in die jeder entsprechend seinem jeweiligen Einkommen und seiner individuellen Fähigkeit einbezahlt, damit alle Menschen die medizinische und pflegerische Versorgung bekommen, die sie brauchen.

(Heinz Lanfermann (FDP): Sie wollen auch Beiträge auf
Mieten und Zinsen!)

Wir wollen auch einen gerechten Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Risiken in den bisherigen Systemen, zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung, zwischen sozialer Pflegeversicherung und

privater Pflegeversicherung. Nur damit erreichen wir eine wirklich dauerhaft tragfähige Finanzierungsgrundlage, weil die sozialversicherungspflichtigen Einkommen nicht in dem Maße wachsen, wie die Ausgaben im Gesundheitsbereich steigen.

(Heinz Lanfermann (FDP): Deswegen wollen Sie ja auch die breitere Bemessungsgrundlage! Erklären Sie es doch einmal richtig!)

Wir wollen den heutigen Sonderbeitrag von 0,9 Beitragssatzpunkten wieder paritätisch finanzieren,

(Heinz Lanfermann (FDP): Erklären Sie doch mal die Beiträge für die Bürgerversicherung!)

und wir wollen natürlich auch einen gleichen Zugang zur medizinischen Versorgung für alle Menschen.

Wenn gesetzlich Versicherte in Arztpraxen entweder keinen Termin bekommen oder ihn nicht so schnell bekommen, wie sie ihn brauchen, dann ist es auch Aufgabe der gesetzlichen Krankenversicherung, ihren Versicherten zu einem zeitnahen Termin zu verhelfen. Wer geht schon aus Jux und Tollerei zum Arzt?

(Beifall bei der SPD)

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Gesundheitsprävention. Leider haben wir uns mit der Union nicht auf ein vernünftiges Präventionsgesetz verständigen können. Wir müssen die Menschen in ihren Lebenswelten abholen - am Arbeitsplatz, in den Kindertagesstätten, in den Schulen, im Stadt- oder Wohnquartier. Sie haben das entsprechende Gesetz leider blockiert und sind dafür verantwortlich, dass wir vier Jahre verloren haben, in

denen weiter nebeneinander her gewurschtelt wird und in denen wir eben nicht zu einer vernünftigen Gesundheitsprävention kommen.

(Hermann-Josef Scharf (CDU/CSU): Sie waren nicht zu Kompromissen bereit!)

Auch dadurch werden die sozialen Ungleichheiten in unserer Gesellschaft verstärkt.

(Beifall bei der SPD)

Ich will zum Schluss sagen, dass die Wähler und Wählerinnen sich darauf verlassen können, dass es mit uns keine Zerschlagung der gesetzlichen Krankenversicherung geben wird, wie es die FDP fordert. Wir werden auch nicht die Hand reichen zu einer Reduzierung des Leistungskataloges, wie es die Union noch bei der Gesundheitsreform gefordert hat. Mit uns wird es keine ungerechten Kopfprämien geben. Wer auch in Zukunft eine gute, gerecht finanzierte gesundheitliche Versorgung haben will, der hat am 27. September die Chance, eine gute Wahl zu treffen, nämlich SPD zu wählen.

(Beifall bei der SPD - Abg. Heinz Lanfermann (FDP)
meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Ich hätte gern Ihre Zwischenfrage beantwortet; aber meine Redezeit ist leider zu Ende.